

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Gremium:	<b>9. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Termin:	<b>30.03.2010</b>
vom: 09.02.2010	Vorlage Nr.:	<b>321</b>
eingegangen: 09.02.2010	TOP:	<b>17</b>
	Verantwortlich:	<b>öffentlich Dez. 3</b>
<b>Einrichtung eines Jugendgemeinderates</b>		

- Kurzfassung -

Seit vielen Jahren werden in Karlsruhe Kinder und Jugendliche bei Projekten mit dem jeweiligen sozialräumlichen Bezug an Ort und Stelle direkt beteiligt und bewusst nicht über einen Jugendgemeinderat. Ein Arbeitskreis, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtjugendausschusses e. V. und der Sozial- und Jugendbehörde (Kinderbüro), erarbeitet derzeit ein Konzept, um eine noch effektivere und noch besser abgestimmte direkte Jugend- und Kinderbeteiligung zu erreichen. Auf Grund der guten Erfahrungen der direkten Beteiligung an Ort und Stelle wird deshalb ein Jugendgemeinderat nicht befürwortet. Die ersten Ergebnisse werden in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses präsentiert.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
	-		-		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen: Erstellung Konzept					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: 4		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

In Baden-Württemberg fand die Einsetzung von Jugendgemeinderäten seit 1987 insbesondere bei mittleren Städten um die 50.000 Einwohner großen Anklang. Dies geschah vor allem in Kommunen, die weniger über gut funktionierende Jugendringe als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche verfügten. Allerdings sind die Strukturen, Kompetenzen und Anbindungen ebenso unterschiedlich wie die Erfahrungen.

In Karlsruhe ist seit Jahren die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (an sie betreffenden Entscheidungsprozesse ebenso wie in politischen Entscheidungen) ein wichtiges Anliegen der Stadt Karlsruhe. Im SGB VIII – dem Kinder- und Jugendhilfegesetz – ist die Betroffenenbeteiligung gesetzlich festgeschrieben. In Karlsruhe werden Beteiligungsprojekte mit dem jeweiligen sozialräumlichen Bezug vor Ort und Stelle direkt umgesetzt und bewusst nicht über einen Jugendgemeinderat. So ist gewährleistet, dass prinzipiell alle Jugendlichen sich für ihre aktuellen Belange einsetzen können. Beteiligung wird in unterschiedlichen Arbeitsfeldern verfolgt und fand beispielsweise im Zusammenhang mit der Konversion der Nordstadt und dem dort stattfindenden bürgerschaftlichen Engagement besonderen Ausdruck. Auch im Jugendbereich wurde beispielsweise im Projekt der Sozialen Stadt - Weststadt eine große Zukunftswerkstatt in der Gutenbergschule durchgeführt, die die Schaffung des Jugendcafés „Westside Paradise“ in der Schillerstraße 20 zur Folge hatte. Im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprozesses Südstadt wurden in mehreren Jugendkonferenzen und -workshops der Bolzplatz im Neubaugebiet sowie die Neugestaltung des Kinderspielplatzes im Grünzug erarbeitet. Ebenso werden derzeit die Kinder und Jugendlichen in den Soziale-Stadt-Gebieten Mühlburg und Rintheim intensiv an der Ausgestaltung von Jugendtreffs und Spielräumen beteiligt. Am 03.03.2010 stellte das GBA im Jugendhilfeausschuss die Spielleitplanung im Rahmen des Soziale-Stadt-Gebiets Mühlburg vor, die ein Instrument der Beteiligung von Kindern bei der Gestaltung ihres Stadtteils ist.

Ein Arbeitskreis, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtjugendausschusses e. V. und der Sozial- und Jugendbehörde (Kinderbüro), erarbeitet derzeit ein Konzept, um eine noch effektivere und noch besser abgestimmte direkte Jugend- und Kinderbeteiligung in Karlsruhe zu erreichen. Aus den guten Erfahrungen der direkten Beteiligung an Ort und Stelle wird deshalb ein Jugendgemeinderat nicht befürwortet.